Kurze wichtige Nachrichten.

Aufhebung der Blockade.

Paris, 12. Juli. Der Rat der Fünf hat beschlossen, die Blockade gegen Deutschland am Sonnabend, den 12. Juli aufzuheben.

Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Amerika.

Amsterdam, 12. Juli. Aus Washington wird vom 11. Juli gemeldet: Der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen hat die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland angekündigt, binnen 48 Stunden werden Ausfuhrbewilligungen gegeben werden, nur Harzstoffe, Chemikalien u. Kali sind nicht darin einbegriffen. Die Beschränkungen ausschließlich der Schiffahrt werden sich aufrecht erhalten bleiben. Die Schiffahrtsverbindungen mit Hamburg und Bremen werden wiederhergestellt werden, sobald Ladungen dafür erhältlich sind. Von den finnischen Häfen wird sofort auf direktem Wege Baumwolle nach Deutschland verschifft werden.

* Die Schießereien zwischen italienischen und französischen Soldaten in Fiume dauern an, es ist wieder eine Anzahl Toter zu verzeichnen.

* Wie die Blätter melden, werden auf den von Ungarn nach Niederösterreich führenden Straßen seit einigen Tagen Teile der roten Armee zusammengezogen, die aus der Slowakei kommen. In Altenburg und nordöstlich vom Neusiedler-See ständen bereits 4—5000 Mann zum Einfall in Niederösterreich bereit.

* Infolge der Vertagung der Beratungen über die Grundrechte und Grundpflichten im Verfassungsentwurf in der gestrigen Tagung der Nationalversammlung ist es zu einem Konflikt zwischen dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten gekommen, der den Anlaß zu einer Regierungskrisis bilden könne.

* Ueber den ehemaligen Kaiser liegen heute wieder soviel widersprechende Nachrichten vor, daß es sich erübrigt, darauf einzugehen.

* In der Nationalversammlung wurden gestern Anfragen erledigt und dann die Verfassungsberatungen fortgesetzt. — Die sächsische Volkskammer hat sich bis zum Herbst vertagt.

* Wilson verteidigt im amerikanischen Senat sein Werk. Alle krampfhaften Bemühungen, er habe seine Grundsätze durchgesetzt, sind nur Lügen.

* Lenin hat an Clemenceau eine deutsche Note übergeben, in der nach der beschleunigten Ratifizierung des Friedens um beschleunigte Aufhebung der Blockade und Rücksendung der Kriegsgefangenen gebeten wird.

Die große Vermögensabgabe

Der Reichsfinanzminister Erzberger ist, wie versichert wird, entschlossen, den Gesetzentwurf über die große Vermögensabgabe noch in diesem Monat an die Nationalversammlung zu bringen; aber von da bis zu seiner Beratung, Beschlußfassung oder gar dem Inkrafttreten dieser Steuer dürfte angesichts der ganz außerordentlich verwickelten, tief einschneidenden und zu mancherlei ernstlichen Bedenken Anlaß gebenden Materie noch ein weiter Weg sein.

Die große Vermögensabgabe hat übrigens ihre Schatten bereits vorausgeworfen; denn die Erbschaftssteuer sieht vor, daß eben mit Rücksicht auf jene kommende Vermögensabgabe bei Erbanfällen vor dem 1. April 1920 die Steuer für jedes volle Jahr vor diesem Zeitpunkt um 2 v. H. ihres Betrages ermäßigt wird.

Als der Plan dieser großen, stark progressiven Vermögensabgabe, von dem sich die Reichsfinanzverwaltung mit recht starkem Optimismus einen Ertrag von 70 oder mehr Milliarden Mark verspricht, auftauchte, wurde als Endziel der tief in das Wirtschaftsleben einschneidenden Maßnahme die Abbürdung eines großen Teiles unserer Kriegsschulden bezeichnet, die bekanntlich bisher auf 150 Milliarden Mark beziffert wurden. Durch dies „Ziel, alles innigste zu wünschen", hat der Art. 248 des Friedensvertrages einen dicken Strich gemacht, denn dieser besagt:

„Der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Einzelstaaten haften an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiedergutmachungen und aller anderen Lasten, die sich aus dem gegenwärtigen Vertrag oder aus irgendwelchen ihn ergänzenden Verträgen und Abmachungen oder aus den zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten während des Waffenstillstandes und seiner Verlängerung geschlossenen Abkommen ergeben."

Weiter kommt hier der Art. 251 in Betracht, der die Reihenfolge festsetzt, in welcher die Ansprüche der Alliierten erfüllt werden müssen, bevor der deutsche Finanzbedarf befriedigt werden darf. Ob mittels jenes Ziel der Vermögensabgabe zu erreichen sein wird, ist noch mehr als fraglich; vielmehr wäre damit zu rechnen, daß die Alliierten den Ertrag der großen Steuerschätzung als unter ihre erste Hypothek fallend reklamieren werden. Ja, da die Höhe der von uns herauszuzahlenden Entschädigungen noch garnicht feststeht, wäre zu besorgen, daß ein etwaiger günstiger Ausfall der Vermögensabgabe unserer Gegner in ihren Forderungen noch ermutigen würde. Weiter kommt hier noch eine andere Bestimmung des Friedensvertrages in Betracht, wonach Deutschland einen ebenso starken Besteuerungsmodus auf sich nehmen muß wie irgend ein anderer der alliierten Staaten. Wenn nun durch die Vermögensabgabe ein großer Teil des deutschen Volksvermögens — man rechnet auf etwa ein Drittel — fortgesteuert sein wird, müßte nach jener Bestimmung auch das durch diese ungeheure Kapitalabzapfung geschwächte Deutschland noch immer so starke Steuerlasten auf sich nehmen wie irgend ein anderer der alliierten Staaten.

Aus diesen Erwägungen muß unseres Erachtens die Schlußfolgerung gezogen werden, daß jedenfalls man sich auch vorher über das Prinzip einigen, daß das Inkrafttreten der großen Vermögensabgabe nicht vor der endgültigen Festsetzung der aus uns herauszupressenden Entschädigungen erfolgen darf. Aber auch sonst will uns bedünken, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, die allerreiflichste Erwägung und umfassende Vorbereitungen nicht etwa nur auf finanztechnischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete erfordert. Denn wenn man früher behauptet hat, daß eine Vermögenssteuer eigentlich nicht das Vermögen, wenigstens nicht das Stammvermögen treffe, da sie wie alle Steuern aus dem Einkommen bezahlt werde, so trifft das auf die geplante große Schätzung selbstverständlich nicht zu, auch wenn, wie angegeben, in bezug auf die Zahlungsfristen weitgehendes Entgegenkommen geübt wird.

Muß doch bedacht werden, daß den produktiven Erwerbszweigen durch jene Abgabe die flüssigen Mittel gerade zu der Zeit entzogen werden sollen, wo sie zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft ganz besonders benötigt werden. Dazu kommt, daß die Vermögensabgaben doch nur zum Teil bares Geld, zum größeren Teil aber nichtflüssige Werte erbringen würde, deren Realisierung, besonders wenn dazu nicht sehr lange Zeit vorgesehen ist, nur mit den größten Verlusten möglich wäre. Auch wäre eine so gewaltige Kapitalabzapfung für den Wirtschaftskörper nur dann erträglich, wenn Land in Hand mit ihr eine großzügige Wirtschaftsorganisation ginge, wobei wir freilich nicht gerade an eine mechanisch-schematische Planwirtschaft nach Wissellschem Muster denken. Aus alledem erhellt, daß diese große Finanzaktion nur mit äußerster Vorsicht ins Werk gesetzt werden darf, was freilich nicht hindert, sondern vielmehr bedingt, daß die Sicherungsmaßnahmen gegen die etwaige Verflüchtigung der Steuerobjekte schon jetzt mit aller Umsicht und Voraussicht getroffen werden.

Deutsches Reich.

Dresden. (Zur Regierungsneubildung) hat die Demokratische Fraktion der Volkskammer folgende Erklärung beschlossen: Die Deutsche Demokratische Fraktion der Volkskammer sieht zurzeit im Hinblick auf die augenblicklich ungeklärte Lage im Reiche von einem Eintritt in die sächsische Regierung ab. Sie ist weiter der Meinung, daß sich erst nach Verabschiedung der Reichsverfassung die nötigen Richtlinien für ein Zusammenarbeiten mit den Mehrheitssozialisten ergeben werden. — Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Volkskammerfraktion mit der Unabhängigen Fraktion wegen Neubildung der sächsischen Regierung sind resultatlos verlaufen. Die Unabhängigen stellten für ihre Beteiligung an der Regierung drei Bedingungen: Parität bei der Besetzung der Ministerposten, Einführung des Rätesystems und Bildung eines Arbeiterrates, also eines gesetzlichen Nebenparlamentes. Die sozialdemokratische Fraktion glaubte auf diese Bedingungen nicht eingehen zu können und so haben sich die Verhandlungen mit den Unabhängigen zerschlagen; so wird die jetzige mehrheitssozialistische Regierung vorläufig am Ruder bleiben. Im Laufe des Monats August sollen jedoch die Besprechungen zwischen den einzelnen Parteien behufs Umbildung der Regierung von neuem aufgenommen werden.

Berlin. (Kaiser Wilhelm will Amerongen nicht verlassen.) „Havas" meldet aus Antwerpen: Graf Bentinck, in dessen Schloß der Kaiser wohnt, erklärte Zeitungsberichterstattern gegenüber: Man hat der Regierung gegenüber die Versicherung abgegeben, daß der Kaiser Amerongen nicht ohne Zustimmung der holländischen Behörden verlassen werde. Man könnte daraus folgern, daß er Gefangener auf Ehrenwort sei. Er hat seit 15. Dezember den Wünschen seiner Familie entsprechend das Schloß nicht mehr verlassen.

— (Ankunft der ersten aus Amerika ausgewiesenen Deutschen.) Donnerstag abend kamen mit dem Dampfer „Martha Washington" hier in Rotterdam 783 deutsche Männer mit 71 Frauen und 47 Kindern an, die aus Amerika ausgewiesen worden sind. Der Dampfer „Rotterdam" wird am 15. dss. Mts. mit einem zweiten Transport ausgewiesener Deutscher dort erwartet.

— (Die Wiederanknüpfung der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen.) Ueber die Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen mit Italien fanden dieser Tage in München Besprechungen statt, an denen 2 Vertreter Italiens, ferner Vertreter vom diktatorischen Wirtschaftsausschuß der bayrischen Regierung der Industrie, des Bankgewerbes, der Speditionsfirmen und des Großhandels teilnahmen. Es soll dahin hingewirkt werden, daß möglichst bald in Rom eine deutsche und in Berlin eine italienische Abteilung bei den Botschaften errichtet wird, um die schwebenden Fragen klarzustellen und die in beiden Ländern bestehenden Vorschriften zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

— (Die Ausführung der Friedensbedingungen.) Aus Paris wird gemeldet: Der oberste Alliertenrat ernannte zum Chef der Kommission, die die Durchführung der militärischen Bedingungen durch Deutschland zu überwachen hat, einen französischen General. Zu Vorsitzenden der Kommissionen für die Ueberwachung der Ausführungen der maritimen und der Luftstreitkräfte-Bedingungen wurde ein britischer Admiral und ein britischer General bestimmt. Die Kommissionen sollen ihren Sitz in Berlin haben und werden in verschiedenen Zentren Unterkommissionen einrichten. Im ganzen werden zur Ueberwachung der Bestimmungen etwa 200 Offiziere mitwirken.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 12. Juli.

*— **Die großen Ferien** haben für die höheren Schulen gestern begonnen, der Unterricht wird am 19. August lehrplanmäßig wieder aufgenommen. In den Volksschulen wird der Unterricht Sonnabend, den 12. Juli beendet, am 11. August wieder aufgenommen werden.

*— **Vortragsfolge zur Platzmusik:** 1. Festmarsch a. d. Es-dur-Konzert von Beethoven. 2. Ouverture z. Op.: „Die Verlobung bei der Laterne" von Offenbach. 3. Ave Maria von Schubert. 4. Serenade von Klose. 5. Für Jeden, Potpourri von Klein. 6. Schneidig vor, Marsch von Fucik.

*— **Die Kammerlichtspiele** bringen für den 12. und 13. Juli den zweiten Teil von „Verlorene Töchter" unter dem Titel „Opfer der Schmach." Er redet eine außerordentlich eindrucksvolle Sprache gegen den Mädchenhandel und ist ein abgeschlossenes Werk, keine Fortsetzung des ersten Teiles dieses Kulturfilms, kann also für sich allein gesehen werden. Außerdem kommt noch das reizende Lustspiel „Im Mädchenpensionat" zur Vorführung, sodaß alle Besucher vollauf befriedigt sein werden.

*— **Das Centraltheater** hat zur Aufführung für heute und morgen das große Filmwerk „Die Jüdin von Toledo" (nach dem Drama von Grillparzer) erworben, das gewiß allen Besuchern gefallen wird. Dann kommt noch das Lustspiel „Höhere Töchter" zur Vorführung, sodaß auch für Heiterkeit gesorgt ist.

*— **Fußballsport.** Morgen Sonntag nachm. stehen sich auf dem Sportplatze hinter dem Schützenhaus die beiderseitigen ersten Mannschaften der hiesigen Spielv. „Rasensport" u. des S.-C. Oberlungwitz im Retourspiel gegenüber. Rasensp. wird alles daran setzen, um seine letzte Niederlage in Lungwitz wieder wettzumachen und werden die hiesigen in erheblich verstärkter Aufstellung antreten, sodaß ein spannender Kampf zu erwarten ist. Nach diesem Spiele treffen sich Rasensport II, und S.-C. Oberlungwitz II.

*— **Neuer Zug.** Im Anschluß an unsere gestrige Notiz über den Sommerfahrplan teilen wir noch mit, daß auf Eingabe verschiedener Bittsteller die Generaldirektion Sächs. Staatseisenbahnen auf unserer Strecke einen neuen Zug eingelegt hat, der bis auf weiteres werktags wie folgt verkehrt: ab St. Egidien 5.50 Uhr nachm., an Lichtenstein-C. 6.08 Uhr, an Rödlitz 6.57 Uhr und Oelsnitz i. E. 7.13 Uhr. Die Personenwagen 3. und 4. Klasse sind an einem Güterzug eingerangiert wie beim ersten Frühzug und dienen vor allem den Arbeiterverkehr. Es sind Anschlüsse vorhanden von Chemnitz ab Hauptbahnhof 4.45 nachm. und Glauchau 5.01 Uhr nachm.

*— **Schlesische 4% Kommunalanleihe.** Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, gelangt gegenwärtig eine 4%ige Schlesische Kommunalanleihe zum Kurse von 94% zur Zeichnung. Für die Sicherheit dieser mündelmäßigen Anleihe haften der Kommunale Giroverband Schlesien und die dem Verbande angeschlossenen 95 Städte, 44 Kreise und 15 Gemeinden der Provinz Schlesien mit ihrem Vermögen und ihrer Steuerkraft. Die Tilgung erfolgt durch Auslosung zum Nennwert oder durch freihändigen Ankauf; sie beginnt am 1. April 1920 und beträgt 1% des Anleihekapitals unter Zuwachs der ersparten Zinsen. Die Anleihe ist mit April/Oktober-Zinsen ausgestattet. Der erste Zinsschein ist am 1. April 1920 fällig. Die Schuldverschreibungen sind in Abschnitten von 10 000, 5000, 2000, 1000, 500 und 100 Mark ausgefertigt. Die Einführung der Anleihe an der Berliner und Breslauer Börse wird beantragt werden. Zeichnungen nimmt das Bankhaus Bayer & Heinze Abteilung Lichtenstein-Callnberg spesenfrei entgegen.

*— **Sonderzulage von Speisefett.** Nachdem der Reichsernährungsminister vor wenigen Tagen erklärt hat, daß eine Verbesserung der Lebens-